

[de](#)

[Press release](#) | 02.01.2013

## EU-Ratspräsidentschaft

### Irland missbraucht seine Ratspräsidentschaft zur Werbung für aggressiven Steuerwettbewerb

Heute beginnt die neue Iriische EU-Ratspräsidentschaft mit ihrer Arbeit. Das Programm der Präsidentschaft ist in der Langfassung noch nicht präsentiert, da muss man sich zum neuen Jahr schon über die irische Werbung ärgern. Auf der offiziellen Internetseite <http://www.eu2013.ie> wirbt das Land mit seiner aggressiven Steuerpolitik. Es weist nicht nur darauf hin, dass man einen besonders niedrigen Körperschaftssteuersatz anbietet, sondern mit dem Verweis auf ein breites Netz an Doppelbesteuerungsabkommen, auch Steuerbasen bequem verlagern kann: „Ireland has a transparent and simple 12.5% corporate tax rate on trading income. We also have an extensive and expanding network of high quality tax treaties.“

Besonders frech ist die stolze Liste der Unternehmen, die dieses Sonderangebot ausnutzen:

„These attributes result in Ireland housing:

- 8 of the top 10 global ICT companies
- 9 of the top 10 global pharmaceutical companies
- 3 of the 5 top games companies
- 10 of the top ‘born on the Internet’ companies
- 50% of the world’s leading financial services firms
- 17 out of 25 global medical device companies

And the story continues. In recent months Ireland has welcomed further investments from major companies including Amazon, IBM, Ancestry.com, SAP, Northern Trust and Fidelity.“

Es ist kein Zufall, dass gerade Unternehmen der Pharma-, Internet- und Finanzbranche Irland als Standort nutzen. Denn patentintensive Unternehmen können ihre konzerninternen Lizenzgebühren steuersparend in Irland vereinnahmen, ebenso können Banken Kapitaleinkommen dort anfallen lassen. Dabei kann Irland bestehende EU-Richtlinien für einerseits Zinsen und Lizenzgebühren und die Mutter-Tochterrichtlinie andererseits nutzen.

Dazu erklärt **Sven Giegold**, finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen im Europaparlament:

*“Irland darf seine Präsidentschaft nicht weiter zur Werbung für unfaire Niedrigsteuersätze missbrauchen. Vielmehr sollte das Land konstruktiv an der europäischen Steuerkooperation etwa bei der Gemeinsamen,*

*Konsolidierten Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage (GKKB) mitarbeiten. Dieser sinnvolle Vorschlag der EU-Kommission wird derzeit im Rat der Mitgliedsländer blockiert. Dies die Bremse zu lösen, ist die Aufgabe der rotierenden Ratspräsidentschaft, nicht die Werbung mit steuerlichen Sonderangeboten auf Kosten der Nachbarn."*

Die genauen Quellen:

<http://www.eu2013.ie/ireland-and-the-presidency/about-ireland/irelandeconomy/openforbusiness/>

## **Recommended**

Event



## [EU TECH STARS SUMMIT](#)

05.02.2026

Press release

European External Action Service (<https://www.flickr.com/photos/eeas/32978511020>)



## [Frozen Russian funds essential to support Ukraine](#)

18.12.2025

News

©nobutz/pixabay



## [PLENARY FLASH: Greens/EFA Priorities 15 to 18 Decembe...](#)

15.12.2025

Press release

Photo by Julian on Unsplash



[Win for consumers with new bank liability, but fight a...](#)

27.11.2025

**Responsible MEPs**



Sven Giegold

Member

**Please share**

• [E-Mail](#)